

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 118– September 2016

Verlagspostamt 9020

p.b.b. 02Z030436 M

GUSTOSTÜCKERLN VON DER HYPO

Die Kärntner Haftungen für die Hypo hätten niemals beschlossen werden dürfen – es gab Aufsichtskommissäre die das verhindern hätten müssen. Statt dessen wurden die Haftungen ausgeweitet und beim Verkauf an die Bayern LB 2007 ohne Zögern mitverkauft und in Folge wohl auch wieder rückgekauft.

Egal, ob in Biogasanlagen verblasen, Stahlwerken verdampft oder auf Schiffen versenkt: Die Wege, auf denen bei der Hypo Milliarden verschwunden sind, sind abenteuerlich. Nachdem ein kroatischer Reeder seinen Kredit für die altersschwache „MS Monet“ nicht mehr bezahlen konnte, fiel das Schiff der Hypo zu. Man verkaufte die „Monet“ rasch an einen anderen Kunden – der den Deal mit einem Hypo-Darlehen finanzierte und als Sicherheit die „Monet“ und die mittlerweile 54 Jahre alte „MS Andrea“ bot. Diese sollte bis in die Karibik schippern – was technisch nicht einmal möglich war, wie sich herausstellte. Es kam also, wie es kommen mußte: Der Plan von der neuen Hypo-Luxus-Kreuzfahrtslinie in der Adria scheiterte, die Bank blieb auf mindestens 32 Millionen Euro Schaden sitzen, wie sie in ihrer Anzeige gegen die verantwortlichen Ex-Chefs vorwarf.

Gar nicht vor Gericht kommt dagegen ein anderer Kreditausfall: Kurz vor dem Riesenkonkurs des Alpine-Baukonzerns 2013 hatte die Hypo – da ebenfalls schon quasi im Besitz des Steuerzahlers – dem Unternehmen noch rasch einen 25-Millionen-Euro-Kredit gewährt. Zur Überbrückung, hieß es. Das Ergebnis ist bekannt: Die Alpine ging pleite, das Insolvenzverfahren wird Jahre dauern, das Geld ist größtenteils weg. Doch hier ortet die Justiz bei den verantwortlichen Bankern keine Untreue.

Inzwischen untersucht der fünfte Hypo-U-Ausschuß. Das Ergebnis ist in Wien wie in Klagenfurt gleich mager: Viele Fehler, keiner will schuld sein.

Aber daß das Land Kärnten für all diese betrügerischen Schiebereien haften und zahlen soll darf in einem Rechtsstaat nicht möglich sein.

ZITAT

William Shakespeare: „Doch sag mir, Clifford, hast du nicht gehört, daß schlecht Erworbenes immer schlecht gerät?“

Isländische Lösung

Island stand vor wenigen Jahren am wirtschaftlichen Abgrund, weil sich die Banken des Landes in beispiellosem Ausmaß verzockt haben.

Drei isländische Banken hatten Auslandsschulden von rund 50 Milliarden Euro angehäuft, was fast dem 3,5-fachen Wert der damaligen Gesamtwirtschaftsleistung von Island entsprach. Finanziert wurde das letztlich grandios gescheiterte Hasardspiel durch Kredite auf dem Interbanken-Markt sowie durch Einlagen außerhalb Islands. Nach der Lehman-Pleite in den USA brach der Interbanken-Markt zusammen – und mit ihm die isländischen Geldhäuser. Das Land stand vor dem Bankrott. 2009 waren 80 Prozent der isländischen Unternehmen und ein Drittel der Privathaushalte de facto insolvent.

Und so sahen die Aufräumarbeiten nach dem gigantischen isländischen Bankencrash 2008 aus:

Die Banken wurden nicht gerettet, die Währung ließ man abstürzen, es wurden – größtenteils bis heute geltende – Kapitalkontrollen eingeführt, die Bedienung der Auslandsschulden wurden vorübergehend völlig verweigert, in Island kam es indes zu einem teilweisen Schuldenerlaß für Unternehmer und Bürger. Die Banker wurden zu Haftstrafen verdonnert, und selbst der damalige Regierungschef Geir Haarde mußte sich, als erster Premier im Zusammenhang mit der Finanzkrise vor Gericht verantworten.

SIE HABEN ANGST

Plötzlich haben sie Angst. Die, die die längste Zeit aufdringlich von der Verpflichtung der angestammten Bevölkerung zur ungeprüften und gönnerhaften Aufnahme von Reisewilligen aus aller Welt getrommelt haben, die über alle Medien zur Toleranz gegenüber „guten“ und „hilflos verfolgten Fremden“ gedrängt haben, die haben plötzlich Angst. So große Angst, daß sie ernsthaft verlangen, daß über Terroranschläge nicht mehr berichtet werden dürfe, nach der Vorstellung von Kleinkindern „wenn ich die Augen ganz fest zumache, gibt es das alles nicht“.

Wovor fürchten sie sich denn so sehr? Davor, daß eines ihrer Liebkinder sich einen Sprengstoffrucksack umhängt und sich mitten in einer fröhlichen Fete, bei der sie womöglich dabei sein könnten, in die Luft sprengt? Ja aber, das müssen sie doch verstehen, das gehört zu deren persönlicher Freiheit. Die kommen aus einer Kultur und Religion, wo solche Aktionen als Ehre gelten. Ach so, mit Ehre und dergleichen verzapften Ideen wollen sie eigentlich nichts zu tun haben? Aber, wenn sie schon selbst keine Ehre haben, müssen sie doch die fremde Ehre zumindest respektieren. Nein?

Na dann müssen sie wohl Angst haben, zu Recht! Denn solange die Massen von illegalen Asylbewerbern nicht aus unserem Land gewiesen, der ungezügelten Reisefreiheit nicht Einhalt geboten und an den Grenzen wieder kontrolliert wird, wer einreisen will und warum, wird der Terror nicht aufhören.

ZITAT

Wladimir Putin: „Die USA haben in vier Tagen den gesamten Irak übernommen und kontrolliert, 600.000 Menschen getötet und die ganze irakische Armee zum Stillstand gebracht. Und jetzt sind sie nicht fähig eine Horde von Mördern, Drogenabhängigen und Kinderschändern, die sich IS nennen, auszuschalten.“

FESCH SCHAU MA AUS

In der Zentrale der Hypo Alpe-Adria-Bank in Klagenfurt, erbaut im Jahr 1999 nach Plänen des US-amerikanischen Architekten Thom Mayne zum angeblichen Preis von 42 Millionen Euro, sitzt jetzt die „rein staatliche“ Abwicklungsgesellschaft „Bad Bank“ Heta. Diese sitzt auf faulen Krediten und unverkäuflichen Assets im Umfang von 18 Milliarden Euro, die in den kommenden Jahren – im Idealfall – verwertet werden sollen. Auch der skandalbehaftete Bankname „Hypo Alpe Adria“ ist Geschichte. Die im Vorjahr verkaufte Balkanbankengruppe mit rund 230 Filialen in fünf Ländern in Südosteuropa heißt nun „Ad-diko Bank“. Vor einem Jahr hat der österreichische Staat die Balkanbanken der notverstaatlichten früheren Hypo Alpe Adria an den US-Fonds „Advent“ und die „Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ (EBRD)

abgegeben. Seit Juli 2015 gehören die Südosteuropabanken einer Luxemburger Gesellschaft namens „Al Lake“, die zu 80 Prozent „Advent“ und zu 20 Prozent der „EBRD“ gehört.

In dem Jahr wurde das ganze Management ausgewechselt und die österreichische Holdingzentrale von Klagenfurt nach Wien verlegt – das hat hundert Jobs in Klagenfurt gekostet. Ein, hunderte Millionen schwerer, Frankenkreditschock in einigen Märkten wurde 2015 mit abermaligem staatlichem österreichischem Beistand (sprich Steuergeld) verdaut.

Die, viele Milliarden schweren, größten Altlasten aus den Bilanzen am Balkan waren vor dem Verkauf ausgesondert worden, sie blieben in der weiter staatlichen österreichischen Hypo-Bad-Bank Heta.

Vernichtendes Urteil

Die Jury zum Kärntner Landesbaupreis 1999 äußerte sich zum Bauwerk der Hypo-Zentrale in Klagenfurt folgendermaßen: „Außen eine expressive Architekturskulptur, innen ein Gewirr von Resträumen, in dem irgendwie Arbeitsplätze angeordnet sind, zum Teil dunkel, zum Teil überbelichtet ... Viele Büros gleichen eingehausten Zellen entlang von engen, unübersichtlichen Mittelgangssituationen ... Bei aller Offenheit für neue Formen und Ansätze - Architektur ist zunächst einmal Dienstleistung. Im Wissen, daß die Jury des Kärntner Landesbaupreises im Gegensatz zu anderen Gremien steht, hat sie einstimmig entschieden, diesem Projekt keinen Preis zuzuerkennen.“

Vielleicht hätte man die Leute fragen sollen bevor der Bau errichtet wurde?

ZITAT

Rudolf Burger (der Philosoph leitete von 1973 bis 1990 die Abteilung für sozial- und geisteswissenschaftliche Forschung im Wirtschaftsministerium in Wien): „Bei uns droht Faschismus immer dann und nur dann, wenn die Gefahr besteht, daß die SPÖ nicht in der Regierung ist. Punkt.“

FÖRDERUNG DER DEMOKRATISCHEN ARBEIT

In Villach erhielten die Gemeinderäte über Jahre „Schulungsförderung“ – jährlich zwischen 3.780 und 4.920 Euro. Die Schulungsgelder wurden im Voraus bezahlt und es mußte kein Nachweis über tatsächliche Weiterbildung erbracht werden. Jedes Jahr kamen da zwischen 200.000 und 300.000 Euro zusammen.

Das Geld wird übrigens immer noch ausgezahlt, nur der Name hat sich geändert – von „Schulungsförderung“ in „Förderung der demokratischen Arbeit“. Bezahlt wird direkt an die politischen Klubs.

Sie richten es sich wie sie's brauchen.

ZITAT

Leonardo da Vinci: „Keine Gewalt hat Dauer.“

Gegen Diskriminierung deutschsprachiger Schulleiter

SPÖ und ÖVP haben im Landtag jetzt eine Petition gegen „die Benachteiligung deutschsprachiger Lehrer bei der Ausschreibung von Leiterstellen an Volksschulen im Geltungsbereich des Minderheiten-Schulgesetzes“ eingebracht.

Blöd nur, daß das entsprechende Gesetz im Jahr 2013 im Nationalrat mit den Stimmen von Rot und Schwarz beschlossen worden ist.

GRÜNE NACHHALTIGKEIT

Die Kärntner Druckereien kämpfen ums Überleben, doch wenn der Grüne Landesrat Rolf Holub einen Druckauftrag in der Höhe von 35.000 bis 50.000 Euro zu vergeben hat, kommt eine niederösterreichische Firma zum Zug.

Der Abschlußbericht für den „Mobilitätsmasterplan Kärnten“ wurde von einer Firma namens www.agensketterl.at mit Sitz in Bad Vöslau gedruckt. Dazu der Fachgruppenvorsteher der Kärntner Druckereien: „Nach einer stichprobenartigen Befragung ist festzuhalten, daß die wesentlichen Kärntner Druckereien nicht für eine Angebotslegung eingeladen wurden. Eine Abschätzung des Auftragsvolumens ergibt, daß keine österreichweite Ausschreibung notwendig gewesen wäre. Gerade Sie als Landesrat für Nachhaltigkeit haben somit einen schönen Auftrag außerhalb von Kärnten vergeben.“

Zur Präsentation dieses „Mobilitätsmasterplanes“ hat der Grüne Landesrat einen deutschen „Managementguru“ geholt – Kosten: € 13.500.--

105.000 Euro hat Holub reserviert, damit eine externe Agentur den Almbauern im Nationalpark Hohe Tauern und im Biosphärenpark Nockberge in Naturschutzdingen zur Seite steht.

Die hausinterne Umweltabteilung hat über 200 Mitarbeiter, die das wohl auch können müßten.

Wie ist da Unterricht möglich ?

In Klagenfurt beträgt der Migrantanteil rund 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. In manchen Kärntner Schulklassen beträgt der Anteil an Migranten mehr als 80 Prozent und es gibt Extremfälle in Klagenfurt und St. Veit, bei denen Kinder mit Deutsch als Muttersprache beinahe alleine in der Volksschulklasse sitzen. An Kärntens Pflichtschulen sind mehr als 62 Muttersprachen vertreten.

Unter den Eltern regt sich Unmut, denn Kinder mit Deutsch als Muttersprache bleiben auf der Strecke.

GEBURTSTAGSÜBERRASCHUNG

Ex-Kanzler Werner Faymann (SPÖ) nutzte seinen 56. Geburtstag zum Besuch im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW).

Impressum: WEITBLICK – Herausgeber: AFP Kärnten, Medieninhaber: Ingrid Kraßnig (vormals Sepp Kraßnig). Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Druck: Digitalcenter Repa Copy, 9020 Klagenfurt. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Für Spenden aus EU-Ländern vermerken Sie bitte folgende Nummern: **PSK Kto. 75.505.994, BIC : OPSKATWW, IBAN: AT666000000075505994.**

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT IHRER SPENDE

Geld ist genug vorhanden

Beim ersten Ministerrat unter Bundeskanzler Christian Kern wurde beschlossen, daß Ex-Bundespräsident Fischer nach Ende seiner Amtszeit als Bundespräsident „angemessene Räumlichkeiten und Personal“ auf Staatskosten bekommen soll. Unter dem Titel „Koordinationsbüro für das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018“ soll Fischer dann einem Beirat zur „inhaltlichen Beratung und Koordination“ vorsitzen. Die Höhe der Kosten wird nicht genannt, aber im Antrag an die Regierung von Kanzler Kern (SPÖ) und Vizekanzler Mitterlehner (ÖVP) heißt es: „Die Bereitstellung der budgetären Mittel für die Vorhaben aus dem allgemeinen Budget wird sichergestellt.“

Ex-Kanzler Werner Faymann soll in das Kuratorium des „Zukunftsfonds“ berufen werden. Diese Institution fördert vorwiegend wissenschaftliche Projekte, die dem Gedenken der Opfer des NS-Regimes, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme sowie der internationalen Zusammenarbeit dienen.

WINDEI

Der Grüne Landesrat Rolf Holub lobt seine Erfindung, die „Alpe-Adria-Line“, immer noch als großen Erfolg, obwohl der mit 348.000 Euro Steuergeld subventionierte „Laibach-Bus“ im gesamten Jahr 2015 gerade einmal 13.822 Passagiere von Klagenfurt nach Laibach und zurück transportiert hat – im Schnitt pro Fahrt 4,7 Personen. Nun wurde bekannt, daß der Bus acht Mal täglich über den Loibl pendeln **m u ß**, weil er sonst um die notwendigen Förderungen umfällt. Auch wenn von der Nachfrage her zwei Mal reichen würden. Außerdem darf er keine Schulkinder (etwa aus dem Bodental) befördern, obwohl Platz wäre – weil er dann seinen Status als internationale Verbindung verlieren würde.

Was die anpacken ist zum Scheitern verurteilt.

Den Griechen wurde nicht geholfen

Eine Studie der Berliner Hochschule ESMT ergab, daß von den ersten beiden Rettungsprogrammen für Griechenland weniger als fünf Prozent in das griechische Budget gingen. 139 der 216 Milliarden flossen in Schuldentrückzahlung und Zinsen. 37 Milliarden als Kapitalhilfen an Banken.

Einer der Schlüsselakteure der Rettungspolitik, der Finanzpolitiker Jörg Asmussen meinte dazu: „Also, in den griechischen Staatsetat gingen rund 20 Prozent. In der Tat, man hat oft die Anleihen umgeschuldet.“ Und der in den USA lehrende, Syriza-nahe Ökonom Professor Dimitri Papadimitriou sagte, nach seiner Rechnung „waren von den 216 Milliarden nur 15 dazu da, daß der griechische Staat die Verpflichtungen gegenüber seinen Bürgern zahlt“.

Auch wenn die Regierung von ihrer Einführung spricht, gibt es in Griechenland keine Sozialhilfe. Niemand kann sagen, wie viele Griechen inzwischen „ausgesteuert“ sind, es könnte eine Million sein.

Nur die Banken werden immer gerettet.

Österreich hat nichts zu sagen

In Österreich leben an die 300.000 Personen mit türkischen Wurzeln.

Mehrere Zehntausend davon besitzen sowohl die österreichische als auch die türkische Staatsbürgerschaft. Jedoch, überprüft werden kann das nicht, wenn ein türkischstämmiger Neo-Österreicher die türkische Staatsbürgerschaft an einer österreichischen Botschaft wieder zurückerwirbt. Die österreichischen Behörden haben keinerlei Einblick, und die Türkei erlaubt dieses Vorgehen mit der Rechtfertigung, daß dort Doppelstaatsbürgerschaften möglich sind.

So ist das nämlich.

Worauf mag die Gabe des Fleißes,
die der Deutsche besitzt, beruhen?
Deutsch sein heißt (der Deutsche weiß es)
Dinge um ihrer selbst willen tun.

Wenn er spart, dann nicht deswegen,
daß er später davon was hat.
Nein, ach nein! Geld hinterlegen
findet ohne Absicht statt.

Uns erfreut das bloße Sparen.
Geld persönlich macht nicht froh.
Regelmäßig nach paar Jahren
klaut ihr's uns ja sowieso.

Nehmt denn hin, was wir ersparten!
Und verludert's dann und wann!
Und erfindet noch paar Arten,
wie man pleite gehen kann!

Wieder ist es euch gelungen.
Wieder sind wir auf dem Hund.
Unser Geld hat ausgerungen.
Ihr seid hoffentlich gesund.

Heiter stehn wir vor den Banken.
Armut ist der Mühe Lohn.
Bitte, bitte, nichts zu danken!
Keine Angst, wir gehen schon.

Und empfindet keine Reue!
Leider wurdet ihr ertappt.
Doch wir halten euch die Treue.
Und dann sparen wir aufs neue,
bis es wieder mal so klappt.

Erich Kästner

Görtschitztal nicht mehr schutzwürdig

Natura 2000 ist ein zusammenhängendes Netz von Schutzgebieten innerhalb der EU, das seit 1992 nach den Maßgaben der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie errichtet wird. Das Natura-2000-Netzwerk umfaßte 2013 mehr als 18 % der Landfläche und mehr als 7 % der Meeresfläche der EU.

Doch, während einerseits der Umweltdachverband die Ausweisung der neuen Zonen in Kärnten lobt und das Umweltreferat mit Entschädigungszahlungen für Grundeigentümer die Wogen glätten will, steigen einige Grundbesitzer und Bauernvertreter auf die Barrikaden.

Neueste Chuzpe: Ein bereits ausgewiesenes Natura-Gebiet im Görtschitztal. Nach einem Streit um die Schutzwürdigkeit der Fläche, hat nun ein Sachverständiger Schäden durch HCB-Schadstoffe im Wald festgestellt. „Ein Gebiet, welches durch Behördenversagen schwerstens umweltgeschädigt ist und von derselben Behörde als hochwertiges, schützenswertes Natura 2000-Gebiet gemeldet wird, ist ein Schildbürgerstreich“, heißt es in einem Schreiben des betroffenen Forstbetriebes.

Eigentlich ist das kein „Schildbürgerstreich“ sondern Betrug.

GRISS-BERICHT INTERESSIERT NICHT

Das Finanzministerium hat Ex-OGH-Präsidentin Irmgard Grif und ihren Experten eine halbe Million Euro für einen Hypo-Bericht bezahlt, der die Justiz nicht interessiert.

In diesem Bericht hat sie u. a. das Versagen der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) aufgezeigt. Konsequenzlos. Denn sowohl Ewald Nowotny als auch Vize Andreas Ittner sind nach wie vor die obersten Bankhüter des Landes.

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT ? DEUTSCHE VOLKSGRUPPE BETROGEN

Im Jahr 1998 wurde zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien ein bilaterales Kulturabkommen unterzeichnet, in dem die Existenz einer deutschsprachigen Volksgruppe bestätigt wird. Auch Sloweniens Außenminister Dimitrij Rupel sprach anlässlich der Unterzeichnung dieses bilateralen Kulturabkommens in Wien davon, daß damit die deutsche Minderheit in Slowenien als ethnische Gruppe anerkannt ist und unter die Schutzbestimmungen des Art. 61 der slowenischen Verfassung fällt.

Die aktuelle Situation der deutschen Minderheit zeigt jedoch, daß der deutschen Minderheit nach wie vor staatliche Basisförderungen zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur in den Vereinen vorenthalten werden.

Das Denationalisierungsgesetz Sloweniens vom 29. November 1991 ermöglicht die Rückgabe bzw. Entschädigung für enteignetes Vermögen für Personen, die am 25. August 1945 jugoslawische Staatsbürger waren, also dort gelebt haben. Eine Forderung, die Personen deutscher Volkszugehörigkeit, deren Vermögen vorher durch AVNOJ Beschlüsse enteignet und denen de facto die Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, nicht erfüllen können.

Zur Erinnerung Zugeständnisse ohne rechtliche Grundlage

Der österreichische Staatsvertrag vom 15.5.1955 sieht den Anspruch der Slowenen auf eine **verhältnismäßige** Anzahl eigener Mittelschulen vor. Obwohl diese Verhältnismäßigkeit nicht vorlag, dekretierte der damalige Unterrichtsminister Dr. Drimmel am 9.5.1957 (Zl. 43.833-21/57) das slowenische Realgymnasium in Klagenfurt, das heute „Bundesgymnasium für Slowenen“ heißt.

Das Slowenische Gymnasium nahm seinen Unterrichtsbetrieb im Herbst 1957 auf, mit drei Klassen und 100 Schülern, als die Bezirke St. Veit, Hermagor, Völkermarkt und Wolfsberg noch ohne jegliche staatliche Mittelschule dastanden. Dieses slowenische Gymnasium entließ im Jahre 1963 seine ersten Maturanten. Es waren 17, die sich folgenden Studien zuwandten: Jus 3, Medizin 2, Theologie 2, Lehrerbildungsanstalt 5, Philosophie 2, Chemie 1, Technik 1 und Hochschule für Welthandel 1.

Die Schülerzahl ist nicht der Beweis für die Notwendigkeit dieser ohne vorherige Minderheitenfeststellung errichteten Schule, sondern nur der Beweis für den Einsatz und die Propaganda, aber auch für die reichen finanziellen Mittel und Unterstützungen, welche den Slowenen in Kärnten zur Verfügung stehen.

ZITAT

Wolfram Schiedewitz: „Wer aufhört vom Unrecht zu sprechen, solange es existiert, der macht sich schuldig und schafft nur den Schein von Frieden.“

MIT BLUT EINGEZEICHNET

Slovenski Vestnik Nr. 83: „Slowenische Partisaneneinheiten kämpften im ganzen Gebiet von Slowenisch-Kärnten von der Saualpe über Klagenfurt und Villach bis zum äußersten Westen im Gailtal und kontrollierten es. In diesem ganzen Gebiet sind die Gräber slowenischer Partisanen. Auf diese Weise hat das slowenische Volk seine nationale Grenze mit Blut eingezeichnet.“

ZITAT

Vinko Ošlak in Večer-Online: „Wir lassen uns nicht zählen, ist nicht besonders klug! Natürlich ist die Forderung nach der Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln vom rechtlichen Standpunkt grundsätzlich gerechtfertigt. Grundsätzlich, denn im Detail spießt es sich. Auch wenn den Slowenenvertretern nachgegeben wird und die Öffnungsklausel für zehn Prozent slowenische Bevölkerung in einem Ort gilt, wie soll man die zehn oder fünf Prozent feststellen, wenn die Slowenenvertreter jede statistische Minderheitenfeststellung unter dem Motto ‚Wir lassen uns nicht zählen!‘ kategorisch ablehnen? Wenn sie sich nicht zählen lassen, wie können sie dann überhaupt wissen, daß sie eine Minderheit sind. Eine solche Bezeichnung ist doch nur dann sinnvoll, wenn sie Resultat einer Zählung ist.“

„Ortstafellösung“ ist keine Lösung

Die Politik überschlägt sich mit Lob zu fünf Jahren „Ortstafellösung“, doch der Obmann des Rates der Kärntner Slowenen, Mag. Rudi Vouk, kritisiert: „Die Lösung ist nach wie vor eine halbe, ich habe leider Recht behalten.“

Da hat er recht. Es wird nie eine Lösung ohne vorherige demokratische Minderheitenermittlung geben. Wie soll man Anteilsmäßigkeit feststellen ohne Zählung?

Die maßlosen Forderungen der Kärntner Slowenen gehen indes unvermindert weiter. Unlängst machte die Landes- schulinspektorin für das Minderheitenschulwesen, Sabine Sandrieser, folgenden Vorschlag, der auf der Internetseite der Katholischen Kirche nachzulesen ist: „Es wäre anzustreben, daß grundsätzlich jeder Schüler im Geltungsbereich des Minderheiten-Schulgesetzes den zweisprachigen Unterricht besucht, wobei die Möglichkeit zur Abmeldung bestehen sollte.“ Derzeit ist es umgekehrt. Zum besseren Verständnis: Zweisprachiger Unterricht heißt nicht, daß die Sprache Slowenisch für alle Schüler gelehrt wird, sondern, daß alle Gegenstände in beiden Sprachen gelehrt werden.

Schauen wir uns dazu eine Studie der Slowenischkenntnisse der zum zweisprachigen Unterricht gemeldeten Schüler der ersten Schulstufe aus dem Jahr 2014 an: **70 Prozent haben keine Slowenischkenntnisse, 17 Prozent geringe und nur 13 Prozent gute.**

ZITAT

Janko Ferk, Jurist und Schriftsteller: „Wir Kärntner Slowenen haben jedenfalls nichts vom Phrasendreschen, das manch einer unserer sogenannten Berufsfunktionäre so gut beherrscht. Ich selbst lebe heute in Ludmannsdorf und habe manchmal das Gefühl, nicht am Dorf zu Hause zu sein sondern auf einem Universitätscampus, denn es gibt in der Gemeinde Ludmannsdorf beinahe keine slowenische Familie ohne einen Ingenieur, einen Magister oder einen Doktor. Meiner Meinung nach haben wir diese Erfolgsgeschichte in erster Linie dem Slowenischen Gymnasium in Klagenfurt zu verdanken, das wegen des persönlichen Engagements des unvergessenen Jožko Tischler den Kärntner Slowenen mehrere hundert Maturantinnen und Maturanten und damit auch eine überdurchschnittlich hohe Zahl an akademisch gebildeten Menschen geschenkt hat, da mehr Maturantinnen und Maturanten des Slowenischen Gymnasiums ein Studium abschließen als Absolventen anderer AHS in Österreich.“



lesen Sie auch

KOMMENTARE
ZUM ZEITGESCHEHEN

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften! Besuchen Sie uns im Internet: <http://volksherrschaft.info>